

1 **Antragssteller:** Kreisvorstand

2 Die Jusos im Rhein-Kreis Neuss mögen beschließen und folgenden Antrag an den
3 UB-Parteitag der SPD im Rhein-Kreis Neuss weiterleiten, falls bis dato kein
4 Ablehnungsbescheid über die Zulassung des Rhein-Kreis Neuss als
5 Optionskommune vom Landesministerium für Arbeit, Integration und Soziales
6 eingegangen ist:

7 **„Hartz 4 gehört unter die Aufsicht der Kommunalpolitik.“**

8 Die SPD erhebt für sich den Anspruch, die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein.
9 Das zeichnet sie aus. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal, auch wenn die
10 Einführung von Hartz 4 damals keine soziale sondern eine finanzpolitische
11 Entscheidung gewesen ist.

12 Durch die Eingliederung des Jobcenters in die kommunale Sozialverwaltung ergeben
13 sich für die Kommunalpolitik zahlreiche Möglichkeiten, die Umsetzung von Hartz 4
14 mitzugestalten und zu kontrollieren. Als sich vor fünf Jahren schon einmal die Frage
15 gestellt hat, ob der Kreis dies alleinverantwortlich stemmen sollte, konnte man noch
16 ablehnen. Schließlich gab es keine Erfahrungswerte.

17 Heute sind diese Erfahrungswerte in sehr negativer Form und in
18 niederschmetternder Menge vorhanden. Es verging keine Woche, in der nicht
19 negativ über Hartz 4 oder die Arbeit der Jobcenter berichtet wurde. Unsere Partei
20 wurde regelrecht abgeschlachtet für dieses Desaster an sozialer Ungerechtigkeit.
21 Doch liegt dies allein an der Einführung von Hartz 4? Nein, es liegt in hohem Maße
22 an dessen Umsetzung. Faktisch liegt die Umsetzung von Hartz 4 im sogenannten
23 Regelmodell „Jobcenter“ bei der Bundesagentur für Arbeit, die durch ihren öffentlich
24 rechtlichen Sonderstatus nur sehr indirekt durch Politiker kontrolliert werden kann.
25 Andersherum formuliert: Politiker haben nahezu keinen Einfluss auf das laufende
26 Geschäft in Hartz 4-Behörden und die Bürgerinnen und Bürger im Rechtskreis dieser
27 Behörden haben im Zweifelsfall nur die Sozialgerichte, um gehört zu werden. Ein
28 Blick auf die dramatisch vielen Urteile der Sozialgerichte gegen die Jobcenter zeigt,
29 wie wichtig ein Einschreiten der Politik ist, um bereits das laufende Geschäft der
30 Hartz 4-Behörden zu kontrollieren. Das Optionsmodell bietet diese Möglichkeit in
31 Gänze.

32 Durch den bereits eingeleiteten Prozess zur Schaffung der Optionskommune Rhein-
33 Kreis Neuss ist es vor allem die Pflicht der SPD, alles daran zu setzen, diese sozial
34 gerecht mitzugestalten. Dies ist in vielen Bereichen möglich. Kundenorientierung, die
35 Schaffung psychosozialer Angebote, die Schwerpunktsetzung auf bestimmte
36 Zielgruppen wie junge Arbeitslose und die Vernetzung des kommunalen
37 Versorgungssystems mit Instrumenten der Arbeitsförderung sind nur einige Beispiele
38 möglicher Einflussnahmen durch die Politik.

39 **Wir Jusos fordern die SPD im Rhein-Kreis Neuss auf, sich sachlich und mit all**
40 **ihrer sozialen Kompetenz der inhaltlichen Ausgestaltung der Optionskommune**
41 **Rhein-Kreis Neuss zu widmen.**